

Exemplarisches Vorgehen bei einem Textvergleich

Aufgabenstellung:

"Vergleichen Sie die Texte M1 und M2 im Hinblick auf die Sichtweise der Autoren auf eine Direktwahl des Bundespräsidenten."

Schritt 1: Die Textanalyse beider Texte

M1: Ein direkt gewählter Präsident? (Boris Schneider)

[E]in Bundespräsident [hat] **überparteilich** zu sein. Dies kann ein Kandidat, der von einigen wenigen Parteivorsitzenden ausgehandelt worden ist, niemals komplett erfüllen. Nur ein **direkt gewählter Bundespräsident kann wirklich unabhängig** agieren. Und er oder sie hätte auch sicherlich einen wesentlich größeren **Vertrauensvorschuss** von der Bevölkerung. [...] Schlussendlich liegt heute die eigentliche **Gefahr für die Demokratie** in einer sich von der Politik abwenden, **frustrierten Bevölkerung**, die immer mehr das Gefühl hat, dass ihre Meinung nicht gehört werden will. Und das **beste Mittel dagegen ist nunmal mehr statt weniger Beteiligung** – in diesem Falle durch eine Direktwahl des deutschen Staatsoberhauptes.

(Quelle: <http://www.discussing-world-politics.org/2017/02/06/president/>)

M2: Volkswahl des Bundespräsidenten? (Gerd Langguth)

Gäbe es eine Direktwahl des Bundespräsidenten, entstünde eine **monatelange, polarisierende Wahlkampf situation**, die die Menschen spalten würde. Könnte ein Präsident, der sich in einem intensiven Wahlkampf durchgesetzt hat, die **Herzen der Bevölkerung erobern?** Die Verfassungsväter und -mütter des Grundgesetzes wollten, dass der Bundespräsident möglichst in der **gesamten Bevölkerung akzeptiert** wird, weshalb auch vorgeschrieben ist, dass in der Bundesversammlung der Präsident ohne Aussprache gewählt wird.

(Quelle: <https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/pro-kontra/volkswahl-des-bundespraesidenten>)

Schritt 2: Die Schlagwortsuche

<p>5</p> <p>10</p>	<p>M1: Ein direkt gewählter Präsident? (Boris Schneider)</p> <p>[E]in Bundespräsident [hat] überparteilich zu sein. Dies kann ein Kandidat, der von einigen wenigen Parteivorsitzenden ausgehandelt worden ist, niemals komplett erfüllen. Nur ein direkt gewählter Bundespräsident kann wirklich unabhängig agieren. Und er oder sie hätte auch sicherlich einen wesentlich größeren Vertrauensvorschuss von der Bevölkerung. [...] Schlussendlich liegt heute die eigentliche Gefahr für die Demokratie in einer sich von der Politik abwenden, frustrierten Bevölkerung, die immer mehr das Gefühl hat, dass ihre Meinung nicht gehört werden will. Und das beste Mittel dagegen ist nunmal mehr statt weniger Beteiligung – in diesem Falle durch eine Direktwahl des deutschen Staatsoberhauptes. <i>(Quelle: http://www.discussing-world-politics.org/2017/02/06/president/)</i></p> <p>M2: Volkswahl des Bundespräsidenten? (Gerd Langguth)</p> <p>Gäbe es eine Direktwahl des Bundespräsidenten, entstünde eine monatelange, polarisierende Wahlkampfsituation, die die Menschen spalten würde. Könnte ein Präsident, der sich in einem intensiven Wahlkampf durchgesetzt hat, die Herzen der Bevölkerung erobern? Die Verfassungsväter und -mütter des Grundgesetzes wollten, dass der Bundespräsident möglichst in der gesamten Bevölkerung akzeptiert wird, weshalb auch vorgeschrieben ist, dass in der Bundesversammlung der Präsident ohne Aussprache gewählt wird. <i>(Quelle: https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/pro-kontra/volkswahl-des-bundespraesidenten)</i></p>	<p>Politische Unabhängigkeit</p> <p>Vertrauen → Legitimität → einende Aufgabe</p> <p>Beteiligung als Gegenmittel zu Politikverdrossenheit → Legitimität des politischen Systems erhöht.</p> <p>Wahlkampf polarisiert → Spaltung der Gesellschaft → Fehlende Legitimität und wenig einende Kraft</p>
--------------------	--	---

Schritt 3: Der Vorvergleich

M1: Ein direkt gewählter Präsident? (Boris Schneider)

[E]in Bundespräsident [hat] **überparteilich** zu sein. Dies kann ein Kandidat, der von einigen wenigen Parteivorsitzenden ausgehandelt worden ist, niemals komplett erfüllen. Nur ein **direkt gewählter Bundespräsident kann wirklich unabhängig** agieren. Und er oder sie hätte auch sicherlich einen wesentlich größeren **Vertrauensvorschluss** von der Bevölkerung. [...] Schlussendlich liegt heute die eigentliche **Gefahr für die Demokratie** in einer sich von der Politik abwenden, **frustrierten Bevölkerung**, die immer mehr das Gefühl hat, dass ihre Meinung nicht gehört werden will. Und das **beste Mittel dagegen ist nunmal mehr statt weniger Beteiligung** – in diesem Falle durch eine Direktwahl des deutschen Staatsoberhauptes.

(Quelle: <http://www.discussing-world-politics.org/2017/02/06/president/>)

M2: Volkswahl des Bundespräsidenten? (Gerd Langguth)

Gäbe es eine Direktwahl des Bundespräsidenten, entstünde eine **monatelange, polarisierende Wahlkampfsituation**, die die Menschen spalten würde. Könnte ein Präsident, der sich in einem intensiven Wahlkampf durchgesetzt hat, die **Herzen der Bevölkerung erobern?** Die Verfassungsväter und -mütter des **Grundgesetzes** wollten, dass der Bundespräsident möglichst in der **gesamten Bevölkerung akzeptiert** wird, weshalb auch vorgeschrieben ist, dass in der Bundesversammlung der Präsident ohne Aussprache gewählt wird.

(Quelle: <https://www.politik-kommunikation.de/ressorts/artikel/pro-kontra/volkswahl-des-bundespraesidenten/>)

Politische Unabhängigkeit

Vertrauen → Legitimität → einende Aufgabe

Beteiligung als Gegenmittel zu Politikverdrossenheit

→ Legitimität des politischen Systems erhöht.

Wahlkampf polarisiert → Spaltung der Gesellschaft

→ Fehlende Legitimität und wenig einende Kraft

→ Verfassungsgemäße Aufgabe schwer erfüllbar.

Schritt 4: Der Textvergleich an sich

Sowohl Boris Schneider in seinem Text „Ein gewählter Präsident?“, welcher 2017 auf der Seite von discussing-world-politics.org veröffentlicht wurde, als auch Gerd Langguth, in dessen Text „Volkswahl des Bundespräsidenten?“, erschienen auf www.politik-kommunikation.de (ohne Jahresangabe), beschäftigen sich mit der Direktwahl des Bundespräsidenten. Die beiden Autoren vertreten dabei jedoch unterschiedliche Positionen. Während Schneider einer Direktwahl des Bundespräsidenten positiv gegenübersteht, lehnt Langguth diese ab.

Beide Autoren befassen sich in ihren Texten mit der einenden Kraft des Bundespräsidenten. Schneider argumentiert, dass ein direkt gewählter Bundespräsident „sicherlich einen wesentlich größeren Vertrauensvorsprung von der Bevölkerung“ (M1, Z.7/8) habe. Langguth hingegen warnt davor, dass „eine monatelange, polarisierende Wahlkampfssituation [...] die Menschen spalten würde“ (M2, Z.2/3). Beide Autoren beschäftigen sich also mit der Frage nach dem Vertrauen der Bevölkerung in den Bundespräsidenten und damit auch mit den Auswirkungen einer Direktwahl auf die Legitimität des Amtes. Während Schneider eine positive Auswirkung direkter Beteiligung attestiert und sogar – im Unterschied zu Langguth – darin ein Gegenmittel zu antidemokratischen Tendenzen der Bevölkerung sieht (M1, Z. 13/14), argumentiert Langguth, dass eine Direktwahl wegen des polarisierenden Wahlkampfes dazu führe, dass ein derart gewählter Bundespräsident seiner verfassungsgemäßen Aufgabe nicht vollumfänglich nachkommen könne (M2, Z.2 + Z. 6-9).

Im Gegensatz zu Langguth argumentiert Schneider zusätzlich mit Überparteilichkeit und der daraus resultierenden politischen Unabhängigkeit (M1, Z.1 -3). Diese hält er für das Amt des Bundespräsidenten für wichtig. Langguth erwähnt diesen Aspekt in seinem Text nicht.

Zusammenfassend sehen beide Autoren bei einer Direktwahl des Bundespräsidenten eine Auswirkung auf die Legitimität des Amtes. Schneider zieht dabei ein positives Fazit für die Legitimität des gesamten politischen Systems, während Langguth die Gefahren betont und von einer möglichen Spaltung der Bevölkerung (M2, Z.3) spricht.